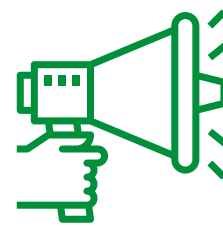


# Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!



## Die Klimabewegung

Soziale Bewegungen sind ein wichtiges Element der Demokratie. Wir alle profitieren von den Aktivitäten vorangegangener Bewegungen, sie haben wichtige gesellschaftliche Veränderungen erwirkt. Soziale Rechte, formale Gleichberechtigung von Frauen oder Umweltschutzgesetze etwa gehen auf das Engagement von AktivistInnen zurück. Es macht daher Hoffnung, dass gegenwärtig viele Menschen in der Klimabewegung engagiert sind.

Obwohl die Klimabewegung für uns alle wichtig ist, werden die AktivistInnen mit Hass und Abwertungen bedacht, von „Klimahysterie“ ist die Rede, die Gallionsfigur Greta Thunberg wird als „verhaltensgestört“ bezeichnet, manche wünschen ihr via Facebook sogar den Tod. Auch andere AktivistInnen, vor allem junge Frauen, sind Feindbilder im Netz. Der Klimabewegung insgesamt wird regelmäßig unterstellt, sie werde zentral von einem Unternehmen gesteuert und wolle ein totalitäres System aufbauen.<sup>[1]</sup> Salopp könnte man sagen: Die AktivistInnen provozieren viel Widerstand, weil sie recht haben. Und weil die Veränderungen, die sie anmahnen, (Macht-)Verhältnisse in Frage stellen.

Die Klimakrise stellt eine globale Bedrohung dar. Wie die meisten Krisen wirkt sich auch diese besonders auf benachteiligte gesellschaftliche Gruppen aus. Viele Länder des Globalen Südens sind besonders von der Klimaerwärmung betroffen, während die reichen industrialisierten Länder mit den Auswirkungen der Klimakrise besser zurechtkommen, auch weil sie mehr Mittel für Anpassungsmaßnahmen haben. Wassermangel, Lebensmittelknappheit bis hin zur Überflutung ganzer Inseln bedrohen und vernichten die Lebensgrundlagen der betroffenen Menschen. Auch in ökonomisch gut entwickelten Ländern sind es vor allem sozial marginalisierte Personen, die besonders darunter leiden (werden).

Dabei haben diese Gruppen am wenigsten zur Krise beigetragen.

Die Gefahr ist wissenschaftlich unbestritten. Die Menschheit überschreitet immer mehr ökologische Belastungsgrenzen des Planeten und zerstört damit ihre eigenen Lebensgrundlagen.<sup>[2]</sup> Im Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 haben sich daher alle Staaten völkerrechtlich verbindlich verpflichtet, die globale Erwärmung deutlich unter 2 °C zu halten und Bemühungen anzustellen, die Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen. Dennoch erreichen die meisten Länder dieses Ziel nicht. Das Thema wird von Seiten der Politik vernachlässigt und zum Teil sogar heruntergespielt.

Daher hat sich in den letzten Jahren der Protest für eine nachhaltigere

<sup>[1]</sup> <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/feindbild-greta-thunberg-101.html> (Stand: 12.9.2020).

<sup>[2]</sup> <https://www.attac.at/ziele/klimagerechtigkeit> (Stand: 12.9.2020).



ökologische Politik sehr verstärkt. Besondere mediale Aufmerksamkeit fanden die von Greta Thunbergs Schulstreiks ausgehenden Demonstrationen und Streiks der zivilgesellschaftlichen Organisation *Fridays for Future*. Mit diesen eher jungen Menschen protestieren aber auch viele weitere AkteurInnen, etwa die *Parents for Future*, *Scientists for Future* und andere Organisationen wie *Extinction Rebellion* und *System Change not Climate Change*. Im letzten Jahr gab es die weltweit größten Klimademonstrationen aller Zeiten, überall gründeten sich lokale und überregionale Klima-initiativen. Es ist eine breite soziale Bewegung, die sich hier formiert. Ihr Ziel ist ein Kurswechsel in der Klima- und Umweltpolitik, die Einhaltung des 1,5-°C-Ziels des Pariser Klimaabkommens und globale Klimagerechtigkeit.

Klimagerechtigkeit bedeutet, dass nicht einfach CO<sub>2</sub>-Budgets aufgeteilt werden und reiche Länder oder Personen somit weniger ändern müssen, sondern dass gesellschaftliche Strukturen und Machtverhältnisse, die die Klimakrise verursacht haben, verändert werden.

Klimagerechtigkeit heißt, dass jeder Mensch das gleiche Recht hat, die Atmosphäre zu nutzen, ohne sie zu stark zu belasten. Es muss sichergestellt werden, dass die globale mittlere Temperatur unter jenem Wert bleibt, der die Lebensbedingungen auf der Erde in Gefahr bringt. Klimaschutz wird somit zu einem Menschenrecht. Klimagerechtigkeit braucht nachhaltige Lösungen, wie z. B. ein ökologisches Energiesystem, solidarische Agrarwirtschaft oder ein sozial-ökologisches Wirtschafts- und Handelssystem.

WissenschaftlerInnen argumentieren, dass die Proteste der AktivistInnen für Klimaschutz und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen berechtigt und gut begründet sind, da die derzeitigen Maßnahmen zum

## Vieles, was für uns heute selbstverständlich ist, wurde von sozialen Bewegungen erkämpft.

Klima-, Arten-, Wald-, Meeres- und Bodenschutz bei weitem nicht ausreichen. Dennoch werden AktivistInnen der Bewegung oft nicht ernst genommen, persönlich verhöhnt und diskreditiert. Immer wieder sind sie auch von struktureller Gewalt betroffen, etwa von ungerechtfertigten Festnahmen. Dies entspricht einer Tradition des Umgangs mit sozialen Bewegungen.<sup>[3]</sup>

Vieles, was für uns heute selbstverständlich ist, wurde von sozialen Bewegungen erkämpft. Dies ging allerdings immer mit Abwertungen und großem individuellem Einsatz der AktivistInnen einher, oft wurden sie deswegen persönlich angegriffen. Das Frauenwahlrecht etwa wurde von den Sufragetten hart erkämpft, Arbeitsrechte, die heute selbstverständlich sind, verdanken wir dem Einsatz von KämpferInnen der Arbeiterbewegung. Viele AktivistInnen wurden in der Geschichte für ihren Einsatz eingesperrt, manche auch getötet.

Soziale Bewegungen sind für jene, die von gegebenen Verhältnissen profitieren, oft unbequem. Sie stellen „Normalitäten“ in Frage, kämpfen für die Veränderung von Machtverhältnissen, lenken den Blick auf Missstände und wollen Änderungen erwirken. Sie widmen sich damit der Bearbeitung von Problemen, die sonst nicht ausreichend Beachtung fänden. Ihr Mobilisierungspotenzial verdanken sie der Wahrnehmung von Risiken. Mangels Geld und Macht ist Resonanz in der

Öffentlichkeit ein zentrales Erfolgskriterium für soziale Bewegungen. Historisch gesehen, wurden die meisten „neuen“ Themen zuerst von Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen auf die politische Agenda gesetzt.

Gegenwärtig gewinnen soziale Bewegungen insgesamt wieder an Bedeutung. Es gibt eine massive Zunahme von zivilgesellschaftlichem Protest und Aktivismus. In der Finanzkrise waren in der EU regelmäßig Millionen Menschen auf den Straßen. Occupy, der Arabische Frühling oder die Bewegung der Empörten in Spanien wie auch die Gezi-Park-Proteste in der Türkei hatten ab 2011 hohe Mobilisierungseffekte. 2015 leistete die Zivilgesellschaft wesentliche Beiträge zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. In Hongkong und Weißrussland protestieren gegenwärtig BürgerInnen unter großer persönlicher Gefahr für Demokratie.

Das letzte Jahrzehnt wird daher in der Sozialforschung insgesamt als Phase weltweiter und umfassender Mobilisierung gekennzeichnet. Es wird argumentiert, dass gegenwärtige Gesellschaften als „social movement societies“ gesehen werden können, charakterisiert durch die wachsende Bedeutung von Protest. Im Unterschied zu älteren sozialen Bewegungen sind die gegenwärtigen zunehmend schichten- und generationenübergreifend,<sup>[4]</sup> wobei besonders großes Mobilisierungspotenzial bei der Gruppe der unter Dreißigjährigen besteht.

Gerade jene Generation, der lange Zeit politisches Desinteresse nachgesagt wurde, engagiert sich also heute vermehrt. Statt der oft kritisierten „neoliberalen Selbstoptimierung“ treten zunehmend Menschen jeden Alters für Solidarität ein, für Gerechtigkeit und für ökologisch nachhaltige Politik. Dies ist ein gutes Zeichen. Ob es ausreicht, wird sich zeigen. —

---

Ruth Simsa ist Professorin am Institut für Soziologie an der Wirtschaftsuniversität Wien mit Forschungsschwerpunkt Zivilgesellschaft und Nonprofit-Organisationen. [www.ruthsimsa.at](http://www.ruthsimsa.at)  
Publikationen unter: <https://bach.wu-wien.ac.at/d/research/ma/1059/publications>

<sup>[3]</sup> <https://www.scientists4future.org/stellungnahme/stellungnahme-de/> (Stand: 12.9.2020).

<sup>[4]</sup> Vgl. Anheier, H. K.: Entwicklungen der internationalen Zivilgesellschaft. In: Handbuch der Nonprofit-Organisation. Strukturen und Management, edited by R. Simsa, M. Meyer and C. Badelt. Stuttgart 2013, S. 77–89.